RM Kasig, Vorsitzender des „Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft“ führt aus, dass die Auswirkungen der Corona-Pandemie die Finanzen der Stadt Schortens noch lange beschäftigen werden. Was heute noch diskutiert werde, könne morgen schon ganz anders sein. Aktuelles Beispiel sei die Entwicklung der Gewerbesteuerausgleichszahlungen des Landes Niedersachsen seit der letzten Sitzung des Fachausschusses vor 9 Tagen. Die endgültige Festsetzung habe ein Plus von 446.483 € gegenüber dem Entwurf vom 24.11.2020 ergeben. Zwar sei dies positiv für die Stadt, aber nicht valide, da sich Entwicklungen in diesen unsicheren Zeiten auch mal in die andere Richtung verändern können.

Weiter teilt er mit, dass sich das direkt auf die Corona-Pandemie bezogene Defizit auf 952.303 € beläuft und sich für die Stadt auch in den Folgejahren spürbare Einschränkungen sowohl auf der Einnahme- als auch auf der Ausgabenseite ergeben werden. Daher sei es für die künftige Arbeit wichtig, dass alle Fachausschüsse und die Verwaltung Budgettreue beweisen. RM Kasig appelliert an die Ratsmitglieder, die Arbeit im „Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft“ zu unterstützen.

RM Striegl erklärt, dass der hier vorgestellte 2. Nachtragshaushalt ganz aktuell im Zeichen der herausfordernden Corona-Situation steht. Habe man am Anfang des Jahres noch mit einem zum Vorjahr geringeren Überschuss trotz guter wirtschaftlicher Lage zu kämpfen gehabt, so habe sich die allgemeine Finanzsituation der Stadt und der damit verbundene Schuldenstand durch die Pandemielage drastisch verschärft und auch verschlechtert.

Im April dieses Jahres sei es erforderlich geworden, einen 1. Nachtragshaushalt aufzustellen, in dem der Rat die Ermächtigung des Liquiditätsrahmens von 5,5 Mio. € auf 15 Mio. € erhöhen musste. Dies sei absolut notwendig gewesen, um die Handlungsfähigkeit der Stadt in dieser Krisenzeit aufrechterhalten zu können.

Laut dem vorgestellten 2. Nachtragshaushalt werde man in diesem Jahr mit einem Haushaltsfehl von über 1,8 Mio. € abschließen, was den Schuldenstand zum Ende dieses Jahres auf ca. 20 Mio. € ansteigen lassen werde. Nach Ansicht der CDU-Fraktion könne man dies nicht einfach unberücksichtigt lassen. Dementsprechend habe die CDU Anfang des Jahres Maßnahmen durch die Generierung einer Haushalts-Arbeitsgruppe getroffen, in der auch über politische Entscheidungen beraten wird.

Er als junger Mensch und vor allem seine Fraktion verfolgen die Schuldenentwicklung mit großer Sorge, zumal an den Überschüssen in den letzten Jahren nicht unwesentlich die Verkäufe von Grundstücken beteiligt waren. Da der Verkauf von Grundstücken nur eine einmalige Einnahmequelle darstellt, müsse ganz klar gemeinsam für die Verbesserung der laufenden Einnahmen gesorgt werden. Dabei denke seine Fraktion z. B. an die Verbesserung von Gewerbesteuereinnahmen durch die Ansiedlung von weiteren Unternehmen, aber auch durch die Steigerung der Einwohner*innenzahl. Er betont, dass Steuererhöhungen für die CDU-Fraktion nicht dazu gehören und auch keine Lösung für sie darstellen.

RM Striegl weist darauf hin, dass die Stadt bereits vor der Pandemie trotz einer guten bis sehr guten wirtschaftlichen Situation mit geringeren Überschüssen wirtschaften musste und der prognostizierte Überschuss auch ohne die Conrona-bedingte Verschlechterung nicht erreicht worden wäre. Dies sei eine Entwicklung, die der CDU-Fraktion sprichwörtlich große Bauchschmerzen bereite.

Für seine Fraktion sei es klar, dass eine Verringerung des Schuldenstands und auch ein ausgeglichener Haushalt für zukünftige Generationen immer angestrebt werden muss - natürlich unter der Beachtung wichtiger, hochpriorisierter Investitionen und unter Beachtung der Handlungsfähigkeit der Stadt in dieser besonderen Situation,

Abschließend teilt RM Striegl mit, dass die CDU-Fraktion dem heutigen 2. Nachtragshaushalt mit ihrer Enthaltung begegnen wird, um ihre Sorge über die in ihren Augen schlechte Entwicklung der Finanzlage zum Ausdruck zu bringen.

Bezug nehmend auf den Redebeitrag des RM Kasig merkt **RM Just** an, dass der Stadt mit Budgettreue nicht geholfen sein wird, weil laut vorliegender Planung bis Ende 2024 ein Defizit in Höhe von 8,5 Mio. Euro entstehen würde. Hinzu kämen die langfristigen Schulden von knapp 30 Mio. Euro. Er betont, dass dies nicht zu bewältigen wäre und ein gravierendes Umsteuern notwendig ist.

RM Just erklärt, dass der dem 2. Nachtragshaushalt aufgrund der schlechten Haushaltsentwicklung und des gesunkenen Steueraufkommens von 6,8 Mio. Euro auf 6,0 Mio. Euro nicht zustimmen wird.

Ergänzend weist er darauf hin, dass dieses gesamte Steueraufkommen inzwischen für die Aufgabe „Kinderbetreuung“ verwendet wird, wobei es sich hierbei um eine Aufgabe des Landkreises handelt, die von der Stadt übernommen wird. Dies ist seiner Ansicht nach politisch nicht zu vertreten.

Abschließend teilt er mit, dass er auch künftigen Haushalten solange nicht zustimmen wird, bis die Kosten für die Kinderbetreuung vom Landkreis Friesland übernommen werden.

RM Ottens gibt zu bedenken, dass die Mehrausgaben, die nicht aufgrund der Corona-Pandemie getätigt wurden, für wichtige, unabdingbare Projekte nach entsprechender Beratung getätigt wurden. Die Fraktion „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“ werde dem 2. Nachtragshaushalt 2020 daher zustimmen.

Bezug nehmend auf den Redebeitrag des RM Just verweist **RM Kasig** auf die ausführliche Beratung über die Kinderbetreuungskosten in der Sitzung des Fachausschusses, in deren Ergebnis ein entsprechender Antrag an den Landkreis Friesland formuliert wurde.